



CHRIST:INNEN

FÜR

KLIMASCHUTZ

Zürich/Luzern/Bern, im Februar 2026

Kein Geld für die Zerstörung von Lebensgrundlagen

*«Initiative für einen nachhaltigen und zukunftsgerichteten Schweizer Finanzplatz» –
Darum geht's!*

Die Initiative fordert, dass alle Teilnehmenden im Schweizer Finanzmarkt (Banken, Versicherungen, Vermögensverwalter, Pensionskassen usw.) ihr Geld im Ausland so anlegen und vergeben, dass die internationalen Klima- und Biodiversitätsziele gestützt werden.

Der Schweizer Finanzplatz ist weltweit sehr wichtig: Ein Viertel des gesamten globalen Vermögens wird in der Schweiz verwaltet. Gleichzeitig verursacht die Schweizer Finanzbranche etwa 14- bis 18-mal so viel Treibhausgasemissionen wie die Schweiz selbst¹ – weil Schweizer Banken und Versicherungen im Ausland umweltschädliche Aktivitäten finanzieren. Ziel ist ein Schweizer Finanzplatz, der die Klimakrise nicht verschärft, sondern zu einer ökologisch nachhaltigen Weltwirtschaft beiträgt.

Dazu fordert die Initiative eine einzige Einschränkung: Schweizer Finanzmarktteilnehmende dürfen keine neuen Finanzierungs- und Versicherungsdienstleistungen zur Erschliessung und Förderung fossiler Energievorkommen erbringen. Die Bestehenden müssen mittels Transitionsplänen schrittweise abgesetzt werden.

Die Koalition Christ:innen für Klimaschutz unterstützt die Initiative

1. Weil die Initiative gerechtes und ökologisches Handeln fordert

Schweizer Finanzinstitute (Banken, Versicherungen, Vermögensverwalter, Pensionskassen usw.) finanzieren umweltschädliche Projekte im Ausland: beispielsweise die Abholzung von Regenwäldern und Kohleabbau. Das führt zu hohen globalen CO₂-Emissionen und zu massivem Biodiversitätsverlust. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass jede wirtschaftliche Handlung die Würde aller Menschen und der Schöpfung achtet. In der Enzyklika *Laudato Si'* (2015) betont Papst Franziskus die «integrale Ökologie». Das heisst, Umwelt, Gesellschaft und Spiritualität sind miteinander untrennbar verbunden. Eine Finanzpolitik, die der Erde Schaden zufügen, widerspricht diesem Grundsatz. In *Laudate Deum* (2023) zeigt Papst

¹ Quelle: Felix Wenger und Marco Ziegler (2022): Klimastandort Schweiz. McKinsey&Company. URL: <https://www.mckinsey.com/ch/our-insights/klimastandort-schweiz> (aufgerufen 12.1.2026).

Franziskus zudem auf, dass die Klimakrise eine Frage der Menschenrechte und der menschlichen Würde ist.

Finanzielle Unterstützung von Projekten, die weiterhin auf fossile Energie setzen, gefährden diese Grundsätze. Diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben (beispielsweise indigene Bevölkerungsgruppen), tragen die grösste Last. Eine gerechte Finanzpolitik kann langfristig dazu beitragen, diese Ungleichheit zu beheben.

2. Weil der Finanzsektor eine enorm grosse Gestaltungsmacht besitzt.

Die Christ:innen für Klimaschutz verlangen auch von Banken und Versicherungen verantwortungsvolles Handeln: Wir wohlhabenden Länder und Akteur:innen tragen Verantwortung für ärmere Länder und Regionen. Der Finanzsektor hat dabei grosse Gestaltungsmacht: Durch gezielte Lenkung des Kapitals kann er den Übergang zu erneuerbaren Energien beschleunigen. Bei Annahme der Initiative erstellen Finanzakteur:innen künftig Transaktions- und Investitionspläne («Transitionspläne»), die öffentlich geprüft werden. Bei ungenügenden Transitionsplänen können Finanzakteur:innen sanktioniert werden.

3. Weil in der Umsetzung der Initiative langfristige Klimaziele über kurzfristigen Profit gestellt werden

Das Ziel unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik muss das Gemeinwohl und die Bewahrung der Schöpfung sein, nicht allein finanzieller Erfolg. Die Investitionen in fossile Energie haben langfristig verheerende Auswirkungen. Sie zeigen sich in extremen Wetterereignissen, klimabedingter Migration und Entfachung regionaler und weltweiter Konflikte.

Die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» ruft alle Kirchgemeinden, kirchliche Verwaltungen und Pfarreien dazu auf, ihre Finanzanlagen zu überprüfen, um diese an Nachhaltigkeitskriterien² auszurichten oder ihre Investitionen schrittweise in nachhaltige Finanzanlagen zu verlagern.

Die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» unterstützt die Unterschriftensammlung und empfiehlt, die Initiative anzunehmen.

Getragen wird «Christ:innen für Klimaschutz» unter anderem von den Organisationen AKU (Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt), Fastenaktion, Grüner Fisch, HEKS, oeku Kirchen für die Umwelt, StopArmut, femmes protestantes und Frauenbund Schweiz.

www.christinnenfuerklimaschutz.ch

² WWF Schweiz (2026): Sustainable Finance – Nachhaltige Finanzflüsse fördern. URL: <https://www.wwf.ch/de/unsere-ziele/sustainable-finance-nachhaltige-finanzfluesse-foerdern> (eingesehen am 12.1.2026).